



INHALT

„Perlenkette“ am Hafennordrand	S. 1
Infostand auf der ALTONALE	S. 1
Kreative Reparatur von Radwegen	S. 2
Behörde will keine Bushaltestelle vor Max-Brauer-Schule	S. 2
Wo Lidl ist, ist Aldi nicht weit	S. 2
„Brückenschlag“ ohne Pfeiler	S. 3
Projektgruppe „Kinder- und Familienstadt“	S. 3
Neuer Bahnhof Diebsteich	S. 4
Senator Freytag: Rückzug vom Deckel	S. 4
Integrationsförderung	S. 5
Wahlrecht: GAL kneift	S. 5
Keine Wasserstoff-Busse im EKZ Altona	S. 5

Die „Perlenkette“ am Hafenrand schließen

Am Altonaer Hafennordrand bietet sich jetzt die Chance, die noch verbliebenen Freiflächen städtebaulich zu entwickeln und historische Gebäude umzunutzen und zu erhalten. Für einige Flächen gelten neuere Bebauungspläne, andere sind bislang dem Hafententwicklungsgesetz unterworfen gewesen. Vom Architekturbüro Bothe-Richter-Teherani wurde bereits ein Konzept für den alten denkmalgeschützten Kaispeicher D am Fischereihafen und für insgesamt sechs mehrgeschossige Wohn- und Bürobauten auf angrenzenden Arealen vorgestellt. Um eine städtebauliche Entwicklung aus einem Guss zu ermöglichen, macht es aus SPD-Sicht Sinn, für die noch nicht durch qualifizierte Bebauungspläne



Kaispeicher D (rechte Bildhälfte)
Das Wohnschiff (unten rechts)
wird Ende 2006 ablegen

gesicherten Flächen B-Pläne aufzustellen, die Art und Maß der zukünftigen Nutzungen festlegen. Wichtig ist der SPD dabei, die Hafennutzung am südlichen Elbufer zu sichern und fischverarbeitende Unternehmen im mittleren Abschnitt der Großen Elbstraße zu halten. Der Elbblick aus der „Ober-

stadt“ und vom Altonaer Balkon soll nicht weiter eingeschränkt werden. Auch eine durchgehend öffentliche Uferpromenade zwischen den Landungsbrücken und Oevelgönne ist uns wichtig und sollte jetzt mit eingepplant werden.



Das Programm der Altonale wird immer umfangreicher. Im Internet gibt es mehr www.altonale.de

SPD-Fraktionsstand auf der ALTONALE

Zwei Tage lang werden SPD-Politiker aus Kreis, Bezirksfraktion, Bürgerschaft und Bundestag auf der Altonale Rede und Antwort stehen. Am Sonnabend, 17. Juni von 15.00 bis 20.00 Uhr und am Sonntag von 10.00 bis 18.00 Uhr präsentieren die SPD-Bezirksabgeordneten aus Altona unter anderem das Konzept „Tennispark Bahrenfeld“ auf der Bahrenfelder Straße, Höhe Spritzenplatz. Sie stehen

aber auch für andere Fragen zur Verfügung. Die Stadtplanungsstudenten Henrik Strate und Annika Terworth hatten in ihrer Studienarbeit „Tennispark“ untersucht, welche Chance eine Verlagerung des Tennis-Courts vom Rotherbaum auf den Autobahn-Deckel bringt. Technisch ist dieses Projekt machbar, es würde nicht nur Altona, sondern auch Hamburg große Vorteile bringen. Der Bund hat zugesagt, Ham-

burg für den Autobahnausbau der A7 von drei auf vier Streifen 250 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Die Chancen steigen für den Deckel, da der Bund auch Lärmschutz in Höhe von etwa 68 Mio. Euro bezahlen wird. Der Senat hat allerdings immer noch nicht erklärt, ob er den Deckel - der die Stadt auch Geld kosten wird - will. Bürgermeister von Beust jedenfalls zeigte sich interessiert an der „Tennispark“-Idee.



Kreative Reparatur von Radwegen

Nachdem der CDU-Senat sämtliche Mittel für Planung und Reparatur von Radwegen gestrichen hat, bleibt dem Tiefbauamt in Altona nur die auf dem Foto (Max-Brauer-Allee) gezeigte kreative Reparatur. Damit der Fußgänger nicht über die ebenfalls von

der Baumwurzel hochgedrückten Gehwegplatten stolpert, werden sie einfach entfernt. Das ist übrigens sehr kinderwagenfreundlich. Der Radfahrer fliegt, wenn er nicht aufpaßt vom Rad, versucht er auszuweichen knallt er ins Loch und legt sich dann

lang. Aber Radfahrer sollen ja auch nicht einfach auf den Fußweg fahren. Anhalten, absteigen und das Fahrrad rüberheben. So geht's. Außerdem: Kippt man den hochgedrückten Bereich im Radweg in den vertieften Bereich im Fußweg, gleicht es sich aus.

Behörde will keine Bushaltestelle vor Max-Brauer-Schule



Derzeit hält der Metrobus 2 nur an der roten Ampel vor der Max-Brauer-Schule. Auf dieser Höhe soll die Haltebucht entstehen

Für die Wirkungslosigkeit von Beschlüssen der schwarz-grünen Bezirksversammlung lieferte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) einen neuen Beweis. Auf Anregung des Elternrates der Max-Brauer-Schule hatte die BV einen SPD-Antrag (wie so oft nach eine „Ehrenrunde“ im Verkehrsausschuss, CDU und GAL brauchen viel Zeit, um Probleme in den Stadtteilen zu verstehen) beschlossen, dass die Bushaltestelle Ecke Schützenstraße/Bahrenfelder Stein-damm 500 Meter weiter nach Westen vor die Brau-

er-Schule (Grundschulbereich) verlagert wird. Nach einer eigenen Verkehrsbefragung haben viele Schüler angegeben, mit dem Bus zur Schule fahren zu wollen, wenn es eine Haltestelle dort gebe.

Daraus wird vorerst nichts werden. Die BSU teilte dem Bezirk jetzt mit: „Eine Verlegung erscheint wenig sinnvoll, da dann eine südliche Anbindung an das neu errichtete Erschließungsgebiet des ehemaligen „Kühne-Geländes“ fehlt. Eine Verlegung der Bushaltestelle erfordert durch die Neueinrichtung und den gegebenenfalls erforderli-

chen Rückbau der vorhandenen Haltestelle hohe Investitionen. BSU, HVV und PVG sehen keine zwingende Notwendigkeit für eine Änderung bei der Haltestellenfrage im obigen Bereich.“

Der Elternrat empörte sich darüber und hat dem zuständigen Senator Dr. Freytag (CDU) jetzt einen gepfefferten Brief geschrieben. Als Anlage bekam er die ehrenamtlich hergestellte Verkehrsbefragung mitgeschickt. Ob noch Bewegung in der wichtigen Schulwegfrage drin ist, wird die Antwort des Senators zeigen.

Wo Lidl ist, ist Aldi nicht weit: Muss das so sein?

Der Wettbewerb der großen Lebensmitteldiscounter geht weiter, ohne Rücksicht auf das Stadtbild und den alt eingesessenen Einzelhandel. Während sich in den letzten Jahren hauptsächlich Lidl große Mühe gegeben hat, das Altonaer Stadtbild mit seinen Märkten „zu verschönern“- rein zufällig oft in der Nähe des

Konkurrenten Aldi - ist Letzter jetzt offenbar gefordert, Paroli zu bieten. Wenige Monate nachdem Lidl schräg gegenüber des Flottbeker Marktes eine neue Filiale errichtet hat (übrigens wenige Meter neben Penny, es gibt also noch weitere Konkurrenten!) gibt es jetzt Pläne, einen Aldi auf Teilflächen

des Flottbeker Marktes zu bauen. Dessen Fläche soll dafür teilweise verschoben bzw. umgelegt werden. Zur Zeit werden Gespräche mit den Marktbesckern geführt.

Der Altonaer SPD-Fraktion erscheint der gesamte Vorgang suspekt. „Warum innerhalb weniger hundert Meter drei Discounter

stehen sollen und dafür ein Wochenmarkt verlegt werden muss, lässt sich nicht erklären. Eines kommt für uns auf keinen Fall in Frage: Geld der Stadt für eine Verlagerung des Marktes ausgeben, nur damit ALDI einen Bauplatz bekommt“, so der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Adrian.

„Brückenschlag“ ohne Pfeiler

Altona sollte eine tolle neue Veranstaltung bekommen – den „Altonaer Brückenschlag“. Geplant war ein sommerliches Fest mit Musik, kulinarischen Köstlichkeiten und künstlerischen Darbietungen im Innenhof des Rathauses, zu dem türkische Promis, Unternehmer, Kultureinrichtungen und Initiativen aus Altona eingeladen werden sollten, um sie zu ehren, ihnen gegenüber Wertschätzung auszudrücken, ihnen zu zeigen, wie wichtig die türkische „Community“ für Altona ist.

Schön und gut, da wollte die SPD nicht dagegen sein. Sie setzte sich aber dafür ein, dass auch andere Migrantengruppen in den Genuss dieser besonderen Wertschätzung kommen sollten, etwa durch ein ähnliches Fest im nächsten Jahr. Doch nun ist schon wieder alles vorbei, bevor es überhaupt

begonnen hat: Das Fest wurde abgesagt, mangels Sponsoren, mangels Interesse, mangels Zeit, alles zu organisieren. Was war geschehen? Hinter der Idee steckte die Altonaer Sicherheitskonferenz in der Person Martin Roehls. Er schrieb mit einem Kompagnon ein Konzept, auf das sogar ein Copyright gepappt wurde, damit nur ja keiner die Idee klaut. Finanziert werden sollte das Fest, für das insgesamt 15.000 bis 17.000 Euro veranschlagt wurden, durch Sponsoren, die Behörde für Soziales und Gesundheit sowie anteilig durch Mittel der Sicherheitskonferenz (also aus Roehls eigenem Topf). Im Zuge der Ausschussberatungen hieß es dann plötzlich, die Sicherheitskonferenz müsse 10.000 Euro bereit stellen, weil noch keine Zusagen von Sponsoren da seien und die Behörde nur 3.000 Euro locker gemacht habe. Für

Schwarz-Grün kein Problem, ist es doch ein schönes grünes Projekt. Das Geld wurde per Mehrheitsbeschluss bewilligt.

Die Mittel der Sicherheitskonferenz drohen mit solchen Manövern zu einem Feuerwehrtopf zu werden, mit dem man notleidenden Initiativen unter die Arme greift oder grüne Wunschprojekte finanziert. Gedacht waren sie jedoch mal dafür, Projekte in Altona zu fördern, die die Sicherheit tatsächlich verbessern, das Sicherheitsgefühl der Menschen stärken oder Kriminalität und Gewalt durch präventive Maßnahmen mindern. Schlägt die SPD eine Veranstaltung für Lehrer zum Thema Gewaltprävention an Schulen vor, ist das alles viel zu „theoretisch“, nur etwas für „Multiplikatoren“ und nichts, was direkt den Leuten im Sinne der Sicherheitskonferenz zugute



Sicherheitskonferenz Altona
Bezirksamt Altona, Martin Roehl
Tel. 040 42 811 27 92
www.sicherheitskonferenz-altona.de
sicherheitskonferenz@altona.hamburg.de

käme. Wenn ein Sommerfest für geladene Gäste finanziert werden soll, hat das alles plötzlich ganz viel und unmittelbar mit Sicherheit zu tun. Das ist Logik in Schwarz-Grün. Und doch war alle Aufregung umsonst, der „Brückenschlag“ kommt dieses Jahr nicht. Mal sehen, ob es 2007 klappt. Vielleicht findet sich dann ein „passenderer“ Sponsor als die Sicherheitskonferenz.

Altonas Bezirkschef Fock hatte Geburtstag

Mit einem wie üblich vollen Terminkalender beging Altonas Bezirksamtsleiter Hinnerk Fock (FDP) am 13. Juni seinen 63. Geburtstag.

Die beiden SPD-Fraktionsvizes Birte Pusback und Stefan Krappa eilten morgens kurz vom Maxbrauer-Haus ins Rathaus

und gratulierten ihm persönlich. Auch vom Rest der SPD-Fraktion nachträglich herzlichen Glückwunsch, Herr Fock!



Projektgruppe „Kinder- und Familienstadt“ startete

Hochkarätig besetzt nahm die SPD-Projektgruppe mit dem Thema Familienpolitik Mitte Juni ihre Arbeit auf. Insgesamt fünf Projektgruppen hatte der SPD-Landesvorstand eingesetzt, die Vorarbeiten für das Hamburger SPD-Wahlpro-

gramm 2008 leisten sollen. Neben Vertretern der Bürgerchaftsfraktion und des Landesvorstands haben die sieben Kreise auch Fachleute entsandt. Für Altona arbeitet Bezirks-Fraktionsvize Stefan Krappa mit. Nicht ganz unwichtig ist,

dass er selbst zwei Kinder hat. Mit Thomas Böwer (fünf Kinder) kann es aber in der Gruppe niemand aufnehmen. Man verabredete, Experten einzubinden und auch auf die Bürger zuzugehen („wo drückt der Schuh?“).



Großstadt ist auch mal Abenteuer für Kids

Neuer Bahnhof Diebsteich: Droht Ödnis wie in Berlin?



Auf dem Luftbild ist das Postgelände in der Bildmitte zu sehen. Gut erkennbar ist auch das Gleisdreieck (Quelle: Google Earth)

Licht und Schatten in Berlin: Nicht nur Lob, sondern auch Kritik mussten sich die Verantwortlichen für den neuen Berliner Hauptbahnhof gefallen lassen. Steht doch der Neubau im städtebaulichen Niemandsland. Es gelang der bahneigenen Tochter Vivico nicht, parallel und zeitgleich auch Büro- und Wohnungsbau anzusiedeln. Kann diese Entwicklung auch in Altona drohen, wenn die Bahn in den nächsten Wochen die Entscheidung für die Verlagerung des Bahnhofs Altona nach Altona-Nord (Diebsteich) beschließt? Entscheidend dafür ist die Grundstücksfrage. Der einzige Großeigentümer am möglichen Fernbahnhofstandort Diebsteich ist die Deutsche Post AG. Zwei der großflächigen Nutzungen, die einer

Bahnhofsumgebung nicht so sehr entsprechen, werden auf absehbare Zeit wohl bleiben: Das Briefzentrum (allerdings auch mit Hunderten von Arbeitsplätzen) und die südliche Frachtposthalle. Die Deutsche Post AG hat jetzt Abstand genommen, die nördliche Frachthalle an einen Baumarkt zu veräußern. Die Grundstücke zwischen Stresemannstraße und S-Bahn gegenüber einem möglichen Bahnhofskopfbau (heutiger Standort der Fa. Wucherpfennig) sind in Privateigentum, die Gebäude so abgängig, daß die Privaten auf eine Standortentscheidung Bahnhof positiv reagieren werden, wenn ihnen das notwendige Baurecht erteilt wird (z.B. für ein Hotel, das wegen geringer Grundstückstiefen dann wohl Hochhaus-

charakter haben müßte). Westlich Diebsteich liegt fast ausschließlich Privateigentum (Wohngebäude Schleswiger Straße, die schöne alte Maschinenhalle des früheren Bahnkraftwerks südlich Leverkusenstraße). Im Programmplan-Entwurf hat das Bezirksamt eine Urbanisierung des möglichen Bahnhofsumfelds skizziert, die es bei Entscheidung für einen Fernbahnhof auszufüllen gälte. Das Beispiel Bahnhof Berlin-Süd zeigt, dass neue Fernbahnhöfe der mittleren und kleineren Kategorie eine begrenzte Ausstrahlungskraft haben (jedenfalls über einen Zeitraum von 10-20 Jahren). Ideal ist die Situation in Spandau, wo der neue Fernbahnhof mitten ins Spandauer Zentrum (das durch ein Shopping-Center ergänzt wurde) gesetzt ist.

Freytag am Mittwoch: Rückzug vom Autobahn-Deckel?

Trotz des Fußball-Spiels Deutschland-Polen war der Gemeindesaal der Christus-Kirche am Roosensweg am Mittwoch bis auf den letzten Platz gefüllt. „Die Zeit ist reif... der Deckel auch“ hieß das Motto des Veranstaltung, zu der die Initiative „Ohne Dach ist Krach“ eingeladen hatte. Die Hoffnung, dass es nun endlich eine positive Aussage von Bausenator Michael Freytag (CDU) zur Überdeckung der Autobahn nördlich des Elbtunnels geben würde, war groß. Was dann kam, sah jedoch mehr nach geordnetem Rückzug aus. Freytag bestätigte zwar die

Planungen für den achtstreifigen Ausbau der Autobahn nördlich des Tunnels und entsprechende Finanzzusagen des Bundes, beschränkte sich beim Thema Deckel jedoch im Wesentlichen auf Aussagen zu hohen Kosten, einem knappen Landeshaushalt und vielfältigen Bedarfen an anderer Stelle der Stadt. Der Senat erkennt offenbar die Vorteile eines durchgehenden Deckels bis hin zum Volkspark, weigert sich jedoch weiterhin, eine umfassende finanzielle Betrachtung vorzunehmen, die auch die mittelfristig sehr positiven Auswirkungen

für Hamburg berücksichtigt, die sich durch neuen Wohnraum im Umfeld des Deckels ergeben. Der Vorschlag der Initiative, der von allen Altonaer Fraktionen unterstützt wird, sieht vor, dass Kleingärten auf dem Deckel angesiedelt und dafür heutige Kleingartenflächen für den Wohnungsbau bereitgestellt werden. Auch zum Vorschlag, einen Tennispark auf dem Deckel zu errichten, gab es keine Aussage des Senators. Altonas SPD-Fraktionschef Thomas Adrian war am Ende der Veranstaltung ebenso enttäuscht wie viele andere

Zuhörer: „Der Senat verkennet nach wie vor die herausragende Bedeutung des Projektes und die Chancen, die sich hieraus für die ganze Stadt ergeben können. 16 Meter hohe Lärmschutzwände, die laut Stadtentwicklungsbehörde errichtet werden müssten, wenn es keinen Deckel gibt, wären eine städtebauliche Katastrophe“, so sein erstes Fazit. Aus Sicht der SPD muss es jetzt darum gehen, die Bedeutung des Projektes für ganz Hamburg in den Vordergrund zu stellen. ----- Mehr Infos zum „Deckel“: www.ohnedachistkrach.de

Integrationsförderung? Lass das mal den Senat machen!

„Mehr junge MigrantInnen für den öffentlichen Dienst gewinnen“ lautete das Motto des SPD-Antrags, der im Januar von der Bezirksversammlung in den Ausschuss für Gleichstellung und Integration verwiesen wurde. Die SPD stellte sich ein Modellprojekt für Hamburg vor, durch das Schwellenängste der potentiellen BewerberInnen abgebaut werden.

Der öffentliche Dienst könnte eine Vorbildfunktion übernehmen und gleichzeitig von den interkulturellen Kompetenzen der Menschen mit Migrationshintergrund profitieren. In der Mai-Sitzung des Fachausschusses wurde der Antrag beraten. Um nicht mit einem einfachen „nein“ aufwarten zu müssen, holten CDU und GAL Schützenhilfe von Frau

Lotzbat und Frau Reupke vom Personalamt. Die Damen berichteten den Ausschussmitgliedern vom Konzept des Zentrums für Aus- und Fortbildung, dessen Ziel es sei, die Anzahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Auf die Nachfrage, was denn die Zielvorgabe für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, insbesondere im Hinblick auf MigrantInnen sei, kam

die dürftige Antwort: die Ausbildungsplatzanzahl solle deutlich und sukzessive erhöht werden. Mit einer genaueren Definition sei frühestens im August zu rechnen.

Für GAL und CDU reichte der äußerst schwammige Bericht des Personalamtes vollkommen aus, um den Antrag der SPD abzulehnen mit der Begründung: warten wir erst mal ab.

Nibelungentreue: GAL kneift bei Wahlrechtsdebatte

„Das können die doch nicht machen“, erregte sich ein Vertreter von „Mehr Demokratie“ in der Bezirksversammlung am 1. Juni. Doch, sie machten es, sechs GAL-Abgeordnete verließen zu Beginn der Debatte über das Wahlrecht heimlich den Kollegiensaal. Die SPD hatte den Antrag gestellt zu fordern, dass die CDU auf Landesebene die Finger vom Wahlrecht lasse, das doch erst im Juni 2004 vom Volk beschlossen

worden war. Im Antrag standen genau die Forderungen, die die Grünen in der Bürgerschaft gebetsmühlenhaft seit Monaten wiederholen. Was ist dann daran falsch, sich auch in Altona dazu zu bekennen? Äußerlich nichts, aber wie verhält sich eine grüne Bezirksabgeordnete, die insgeheim das Vorgehen der CDU richtig findet und nicht mit der eigenen Parteiführung in Konflikt kommen will? Sie verlässt

den Saal. Wenn das nun gleich sechs von ihnen tun, reichen die verbliebenen vier nicht mehr aus, dem Antrag zu einer Mehrheit zu verhelfen. Das gewünschte Ergebnis trat zwar formal ein, allerdings blieb dem anwesenden TAZ-Redakteur und dem Mehr-Demokratie-Vertreter sichtbar die Spucke weg. Es folgte ein verheerendes Medienecho („GAL uneins“, „GAL drückt sich vor Abstimmung“). Selten sah die

Altonaer GAL so schwach und blass aus, dabei wollte sie doch mal Stärke demonstrieren. Die CDU-Abgeordneten blieben zwar im Saal, beteiligten sich aber nicht an der Debatte. Dreieckig wortgewaltige Fraktionschef Szczesny gab nur eine belanglose „Erklärung nach Geschäftsordnung“ ab, in der er auf den nötigen Sachverstand verwies, der nur in der Bürgerschaft verfügbar sei.

Flop: Keine Wasserstoffbusse in Altona

Schlecht recherchierte Anträge bringen schlechte Ergebnisse. So patzte die CDU/GAL-Koalition mit ihrer Forderung nach einem Wasserstoff-Bus in der Fußgängerzone Große Bergstraße. Als „Öko-Feigenblatt“ sollte er den widerspenstigen Kaufleuten und Bürgern die eine Million teure Bustrasse durch die Fußgängerzone schmackhaft machen. Daraus wird nichts. Die Behörde für Stadtentwick-

lung und Umwelt und die Hamburger Hochbahn AG teilten jetzt offiziell mit:

„Der Einsatz von wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellenbussen im Linienbetrieb auf der Linie

112 ist aus betrieblich-technischen Gründen nicht durchführbar. Das Dach der Busumsteigeanlage Altona ist mit einer Höhe von 3,40 m inklusive eines Sicherheitsabstandes von 0,2 m zu

niedrig für den Einsatz eines Brennstoffzellenbusses mit einer Gesamthöhe von ca. 3,60 m.“

Die SPD empfiehlt: Nächstes Mal vorher bei den Fachleuten nachfragen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Geschäftsstelle: Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 53 32, Fax 040/38 61 56 43, Email: info@spdfraktionaltona.de
www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout: Stefan Krappa, Fotos: Reinhard Zaage, Stefan Krappa